

23.07.2003

Einkaufszentrum in der Landsberger Allee 358 steht im Widerspruch zu Planungsgrundsätzen

Das von der Regierungskoalition geplante Einkaufszentrum soll nach dem Willen seiner Planer das bundesweit zweitgrößte nach dem Saalepark werden. Diese Planungen stehen im Widerspruch zu den bestehenden Planwerken wie dem Flächennutzungsplan, dem Einzelhandelserlass, dem Zentrenatlas und dem mit Brandenburg abgestimmten Landesentwicklungsplan.

Es zeugt von beispielloser Ignoranz, dass trotz der Konzentrationsprozesse im Einzelhandel, die zu 1.000 Geschäftsaufgaben und einer beispiellosen Arbeitsplatzvernichtung von 10.000 Stellen in Berlin geführt haben, eigens für dieses Projekt ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wurde. Dass ein solches Vorhaben bisher nur für den Transrapid oder das Verkehrsprojekt 17 Deutsche Einheit – Wasserstraßenausbau – erforderlich war, dokumentiert die Dimensionen des Vorhabens.

Die starke Konkurrenz zu den benachbarten Mittelzentren, wie der Marzahner Promenade und dem Vorhaben im Entwicklungsgebiet „Alter Schlachthof“ verursacht schon heute in der Planung direkte finanzielle Schäden für Berlin, denn diese Immobilien unterliegen der Risikoabschirmung der Bankgesellschaft durch das Land Berlin. Das Großprojekt an der Landsberger Allee hat schon in seiner Planungsphase Investoren von der Entwicklung der Flächen am „Alten Schlachthof“ abgeschreckt. Der dortige Projektentwickler, eine Tochtergesellschaft der Bavaria, ging daher im Mai in die Insolvenz.

Daneben sind Verkehrsprobleme abzusehen: Bei knapp 10.000 Parkplätzen ist der Stau in Rhinstraße und Landsberger Allee vorprogrammiert.

Wir fordern den Senat auf, die Planungsgigantomanie einzustellen und auf den Standort für Ikea zu reduzieren. □